Gemeindeverwaltung
-Ostseebad Binz-

Niederschrift

über die **45. Sitzung der Gemeindevertretung** der 7. Wahlperiode der Gemeinde Ostseebad Binz am 21.03.2024

Die Gemeindevertretung:

	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1. Böttcher, Mario	X		
2. Colmsee, Helge	X		
3. Deutschmann, Kai	X		
4. Dohrmann, Ulf	X		
5. Drahota, Grit	X		
6. Holtz, Helga	X		
7. Hennig, Andreas	X		
8. Klein, Siegfried	X		
9. Kurowski, Mario	X		
10. Maske, René	X		
11. Mehlhorn, Christian	X		
12. Michalski, Jürgen	X		
13. Müller, Marvin	X		
14. Reinbold, Ralf	X		
15. Schulz, Norbert	X		
16. Dr. Tomschin, Manuela	X		
17. Tomschin, Dietrich	X		

Mitglieder der Verwaltung:

Herr Reinholz	1. stellv. Bürgermeister; Amtsleiter Finanzen
Frau Küster	Amtsleiterin Allgemeine Verwaltung
Frau Guruz	Amtsleiterin Planen und Bauen
Herr Gardeja	Tourismusdirektor
Frau Pampuch	Protokollantin

Niederschrift über die 45. Sitzung der Gemeindevertretung (7.Wahlperiode) der Gemeinde Ostseebad Binz am 21.03.2024

-öffentlicher Teil-
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Straße 7
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:10 Uhr

Zu TOP 1.1.1, 1.2
Herr Maske begrüßt die Gemeindevertreter/innen, den Bürgermeister und die Gäste. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 17 von 17 Gemeindevertretern gegeben.

Tagesordnung

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Feststellen der form- und fristgerechten Ladung
1.2. Feststellen der Beschlussfähigkeit

2. Feststellen der Tagesordnung

3. Bestätigung der Niederschrift über die 44. Sitzung der Gemeindevertretung vom 01.02.2024 - öffentlicher Teil

4. Informationen des Vorsitzenden/Bürgermeisters

5. Bericht des Bürgermeisters

6. Anfragen der Gemeindevertreter

7. Einwohnerfragestunde

Anträge der Fraktionen und Abgeordneten

8. Antrag des Gemeindevertreters René Maske (DIE LINKE) zur Aktivierung der Mitgliedschaft in der Organisation „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden)

9. Antrag der CDU Fraktion auf Grundsatzbeschluss zum Erhalt der gegenwärtigen Kleingärten und Garagen auf öffentlichem Grund und Boden innerhalb der Gemeinde Binz

10. Antrag der CDU Fraktion auf einen Grundsatzbeschluss zur Eingehung von Gemeindepartnerschaften mit vergleichbaren Gemeinden

11. Antrag der CDU Fraktion und DIE LINKE zur Prüfung der Errichtung einer oder zwei kleinerer Park-Paletten auf dem Parkplatz des Bermuda Dreiecks, sowie eine Aufwertung der angrenzenden Grünflächen durch Pflanzungen und Ortsmöbel

12. Antrag der Fraktion aus der MITTE für die Sicherung der Parkplätze in der Ringstraße als Anwohnerparkplätze

Planen und Bauen

13. Willenserklärung der Gemeinde Ostseebad Binz zum Kernprojekt „Granitz - Frei von forstwirtschaftlicher Nutzung“
hier: Antragstellung zur Umwandlung in ein Wildnisgebiet

14. Informationsvorlage zum Kernprojekt „Granitz - Frei von forstwirtschaftlicher Nutzung“
hier: Vorbereitung eines „Letter of Intent“ zur Sicherung der gemeindlichen Bedarfe

15. Beschlussvorlage zur Aufhebung des Beschlusses-Nr. 733-34-2022 aus der Sitzung der Gemeindevertretung vom 08.12.2022
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 18B „Jugendherberge Block V“ der Gemeinde Ostseebad Binz

16. Beschlussvorlage zur 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

17. Beschlussvorlage zur 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

18. Beschlussvorlage zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz für den Bereich der 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 8 Abs. 3 BauGB

19. Beschlussvorlage zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Wohnen am Sportplatz“ der Gemeinde Ostseebad Binz nach § 13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

20. Beschlussvorlage zur Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Wohnen am Sportplatz“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Satzungsbeschluss

21. Beschlussvorlage zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 „Wohnen am Eichenweg“ der Gemeinde Ostseebad Binz nach § 13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

22. Beschlussvorlage zur Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 „Wohnen am Eichenweg“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Satzungsbeschluss

23. Beschlussvorlage zur 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9a „Fischräuchereimuseum/Museumsdorf“
hier: Berichtigungsbeschluss nach § 13a Abs. 2 BauGB ohne Umweltbericht

24. Beschlussvorlage zur Offenlage in Ergänzung zu § 172 Abs. 2 BauGB
hier: Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet des Binzer Ortskerns

25. Beschlussvorschlag über das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag: „Anbringung von Werbeanlagen Parkhaus Ostseebad Binz – Dollahner Straße 100“
hier: Antrag auf isolierte Abweichung nach § 67 Abs. 2 LBauO M-V von den Festsetzungen der Werbeanlagensatzung der Gemeinde Ostseebad Binz (Überschreitung der Werbeanlagengröße)

26. Beschlussvorlage zur Satzung für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Ostseebad Binz inkl. Ortsteil Prora (Aufbruchsatzung)

27. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Proraer Allee

28. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Margaretenstraße

29. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Zeppelinstraße, Mukraner Straße, Goethestraße und Sonnenstraße

30. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Elisenstraße, Paulstraße, Wandastraße und Waldstraße

31. Beschlussvorlage zur Gestaltungsempfehlung für die Strandversorgung ab 2024

Allgemeine Verwaltung

32. Beschlussvorlage zur Einvernehmenserklärung zur Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung zwischen dem Internationalen Bund e.V. und dem Landkreis Vorpommern-Rügen über den Betrieb der Kindertageseinrichtung „Lütt Matten“

33. Beschlussvorlage Absichtserklärung zum Schulverbund der Regionalen Schule Binz mit der Grundschule Binz ab dem 01.08.2026

nichtöffentlicher Teil

34. Bestätigung der Niederschrift über die 44. Sitzung der Gemeindevertretung vom 01.02.2024 - nichtöffentlicher Teil

Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus

35. Beschlussvorschlag zur Flächenanpassung von Einrichtungen der Strandversorgung Prora/Binz

Planen und Bauen

36. Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens nach UVgO für die Maßnahme „Herstellung, Erneuerung und Entfernung von Fahrbahnmarkierungen“

37. Informationen/Mitteilungen

TOP 2. Feststellung der Tagesordnung

Herr Müller stellt den Antrag den TOP 33 auf TOP 8 vorzuziehen, da es sich um ein wichtiges Thema handle, an dem vermutlich einige der anwesenden Bürgerinnen und Bürger Interesse haben.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

Herr Maske erklärt, dass der TOP 33 somit vorgezogen und zum neuen TOP 8 werde. Alle weiteren Tagesordnungspunkte werden dadurch um eine Nummer nach hinten rücken.

Beschluss-Nr. 921-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Tagesordnung der heutigen Gemeindevertretersitzung.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift über die 44. Sitzung der Gemeindevertretung vom 01.02.2024 - öffentlicher Teil

Beschluss-Nr. 922-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 über die Niederschrift der 44. Sitzung der Gemeindevertretung vom 01.02.2024 - öffentlicher Teil.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	13
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	4

TOP 4. Informationen des Vorsitzenden/ Bürgermeisters

Herr Reinholz informiert darüber, dass die Abholzung auf dem Klünderberg keinem Parkhaus, sondern nur Parkfläche in Form eines Parkplatzes diene. Darüber hinaus erklärt er, dass es künftig einen „Fakten-Checker“ auf der Internetseite geben werde, der der Verbreitung von falschen Informationen entgegenwirken soll.

TOP 5. Bericht des Bürgermeisters

Der Bericht des Bürgermeisters wurde am Mittag des Sitzungstages digital an alle Gemeindevertreter versandt. Seit dem 22.03.2024 ist er darüber hinaus auch auf der Website der Gemeindeverwaltung einzusehen.

TOP 6. Anfragen der Gemeindevertreter

Herr Mehlhorn möchte wissen, wie es um das Ratsinformationssystem bestellt sei. Des Weiteren möchte er wissen, wie die Terminkette, bezüglich des Fahrstuhlaustausches, in der Kindertagesstätte angesetzt sei.

Herr Michalski erklärt, dass alles zur Kita dem Bericht des Bürgermeisters zu entnehmen sei.

Frau Küster erklärt, dass sich das Ratsinformationssystem im internen Probelauf befinde. Im Anschluss daran werde man die Gemeindevertretung miteinbeziehen.

Frau Guruz erklärt, dass der Fahrstuhl in der Kita ausgebaut sei und man diese Woche mit Fräsarbeiten begonnen habe. Den neuen Lastenaufzug werde man voraussichtlich in der KW 22 in Betrieb nehmen können.

Frau Drahota fragt, ob man die Bürgersteige in der Dünenstraße 43-47 verbessern könne. Des Weiteren wolle sie wissen, ob die Anhebung der Gullydeckel demnächst in Angriff genommen werde.

Frau Guruz antwortet, dass die Verwaltung sich der Problematik annehmen werde. Die Gullys hingegen könne man erst angehen, wenn es frostfrei sei.

Herr Reinbold möchte wissen, wie hoch die Bruttobaukosten für das Parkhaus ausfallen werden, ob es schon einen Betreiber oder ein Vermarktungskonzept gebe und ob bereits Stellflächen vermietet oder vermarktet worden seien.

Frau Guruz erklärt, dass man den aktuellen Stand bezüglich der Kosten gern ermitteln und herausgeben werde. Sie stellt klar, dass die Gemeinde selbst als Betreiber fungieren und ein Dienstleister die benötigte Technik stellen werde. Darüber hinaus seien noch keine Stellflächen vermietet worden.

Herr Mehlhorn möchte wissen, ob es einen Termin gebe, wann das Ratsinformationssystem für die Gemeindevertretung freigeschaltet werde.

Frau Küster erklärt, dass man noch keinen festen Termin nennen könne. Geplant sei das System für die neue Gemeindevertretung zur Verfügung zu stellen.

Herr Schulz erkundigt sich nach dem Stand bezüglich der Rückabwicklung des Golfplatzes.

Frau Guruz antwortet, dass man im Dezember 2021 den Auftrag zur Prüfung des B-Planes an den Landkreis gegeben und bis zum heutigen Tag, trotz mehrerer Rückfragen, keine Antwort erhalten habe.

Herr Kurowski gibt zu bedenken, dass die Einfahrt für das neue Parkhaus, direkt hinter dem Bahnübergang, problematisch werden könnte. Er möchte wissen, ob es offizielle Bedenken bezüglich der Verkehrssituation gebe und ob ggf. Lösungsansätze für die Situation geplant seien.
Weiter möchte er wissen, ob man öffentlich über das Ergebnis des Rechtsstreitverfahrens zum Dünenpark sprechen könne.
Letztlich bitte er Herrn Maske darum zu prüfen, ob es nicht wieder möglich wäre, die Audiodatei der Gemeindevertretersitzungen zu veröffentlichen, so wie die Gemeindevertretung es in der Vergangenheit beschlossen habe.

Frau Guruz antwortet, dass es bezüglich der Normkontrollklage für den Dünenpark lediglich eine Verhandlung und ein Kurzurteil, aber noch kein rechtkräftiges Urteil, gegeben habe. Aus diesem Grund empfehle sie sich aktuell nicht zu dieser Thematik zu äußern, oder auszutauschen. Es habe aber im Raum gestanden, dass die Baugenehmigung vakant sei, dem sei nicht so. Alle Punkte bezüglich des Parkhauses seien noch während der Verhandlung ausgeräumt worden.
Die Einfahrt des Parkhauses sei bewusst so geplant worden, um den Anwohnern Lärm zu ersparen. Es habe mehrere Trägerabstimmungen diesbezüglich gegeben und man habe ein schrankenfreies Einfahrtssystem ermöglicht, um die Einfahrt so schnell und problemlos wie möglich zu gestalten.

Herr Maske erklärt, dass er sich um die Thematik bezüglich der Audiodateien kümmern werde.

Herr Dohrmann möchte wissen, wie es um die Bepflanzung der Hauptstraße bestellt sei.

Frau Guruz antwortet, dass man Montag bis Donnerstag die Hauptstraße bepflanzen werde. Im Anschluss werde man umschwenken zum Kreisverkehr, dem Edeka Lübke und der Rosenallee auf der Jasmunder Straße. In Zuge dessen werde man ab dem 15. April auch die Bankette wieder mit Rasen versehen und alle Gehwege mit einer Tiefenreinigungsmaschine säubern.

Herr Maske übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Tomschin.

Herr Maske bittet um Informationen zu den Bauarbeiten an der Kopfseite des Blockes II in Richtung Block I in Prora. Er möchte wissen, ob die Bauarbeiten womöglich den Zutritt zum Strand einschränken.
Des Weiteren möchte er wissen, ob es für Privatpersonen, die nicht in Binz wohnen, die Möglichkeit gebe einen Strandkorbplatz zu erhalten, ob es solche Personen bereits gebe und wie die Einhaltung der Kurtaxe in diesen Fällen überprüft werde.

Frau Guruz antwortet, dass sie die erste Frage prüfen und der Gemeindevertretung schriftlich antworten werde.

Herr Gardeja erklärt, dass Vermietungen und/oder Verpachtungen an Nicht-Binzer möglich seien. Diese werde man allerdings mit Ablauf des Kalenderjahres einziehen, da die Satzung ganz klar nur Plätze für Anwohnerinnen und Anwohner vorsehe. Darüber hinaus gebe es aber noch die Zweitwohnungsinhaber, die über Strandkorbstellflächen verfügen, aber nach dem Meldegesetz keine Anwohner seien. Diese würden einen ungefähren Anteil von 15-20 % ausmachen. Eine Kontrolle über die Zahlung der Kurabgabe erfolge lediglich stichprobenartig.

Herr Maske übernimmt die Sitzungsleitung von Herrn Tomschin.

Herr Reinbold möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe die Verkehrsinsel am Rewe anzupassen. Diese sei aktuell, gerade für Rollstuhlfahrer, schwer zugänglich bzw. zu bewältigen.

Frau Guruz antwortet, dass die Verantwortung für beide Gehwege, gemäß Durchführungsvertrag, bei Rewe liege. Die Uneinigkeit mit den angrenzenden Eigentürmer sei dabei das aktuelle Problem, aber man arbeite bereits an einer Lösung.

TOP 7. Einwohnerfragestunde

Wolfgang Horst merkt an, dass die Gullys in der Dollahner Straße und an der Ecke Goethestraße stark abgesackt seien. Dieses Anliegen sei allerdings bereits zur Sprache gebracht worden.
Darüber hinaus wolle er wissen, wann die provisorisch gespannten Drähte an manchen Strandaufgängen wieder gegen vernünftige Edelstahlgeländer ausgetauscht werden.
Weiter merkt er an, dass die Fugen in der Dollahner Straße nachgebessert werden müssten, da diese, nach der Verlegung von Kabeln, größtenteils wieder offen seien.
Bezüglich der Kiefern bittet er um eine Erklärung dafür, warum plötzlich doch Nadelbäume gepflanzt werden sollen.

Frau Guruz erklärt, dass sowohl die Gullys als auch die Fugen zeitnah angegangen werden.
Bezüglich der Kiefern erklärt sie, dass nicht überall Kiefern gepflanzt werden sollen. Für die Hauptstraße handle es sich zwar um eine gemeine Kiefer, doch diese werde man mit einem ersten Erziehungsschnitt auf 8 Meter Höhe vorformen. Da die Kiefer sehr robust sei, eigne sie sich sehr gut, gerade im Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel. Darüber hinaus haben mehrere Baumschulen speziell diesen Baum empfohlen. Für heute sei keine Beschlussvorlage bzw. Entscheidung vorgesehen, doch man werde zeitnah auf der Homepage nochmal ausführlich auf das Thema eingehen.

Herr Kurowski ergänzt, dass die BfB-Fraktion sich nach wie vor gegen die Kiefern aussprechen werde. Die angedachte Menge der Kiefern empfinde man als zu viel und die spezielle Art des Baumes halte man für eher ungeeignet. Diese Meinung spiegle sich auch in den Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger wieder.

TOP 8. Beschlussvorlage Absichtserklärung zum Schulverbund der Regionalen Schule Binz mit der Grundschule Binz ab dem 01.08.2026

Herr Mehlhorn erklärt, dass es keine Schließung der Grundschule im eigentlichen Sinne sei. Die Zusammenführung werde hiermit eingeleitet und geprüft, aber noch nicht beschlossen. Man sei weiterhin ergebnisoffen und darum bemüht die Sorgen und Nöte der Beteiligten aufzunehmen und zu berücksichtigen. Er selbst stehe der Zusammenführung positiv gegenüber, da diese viele Arbeitsschritte erleichtern bzw. reduzieren würde.

Herr Müller bekräftigt die Worte von Herrn Mehlhorn. Die geführten Gespräche seien sehr ehrlich verlaufen und der eingeschlagene Weg erweise sich somit als gut. Bezüglich der Regionalen Schule bestehe immer noch die Gefahr, dass sie aufgrund mangelnder Schülerzahlen als Schulstandort geschlossen werde. Man arbeite daran die Schule attraktiver zu machen, z.B. durch digitale Tafeln und Tablets. Die Zusammenführung sei aus seiner Sicht allerdings nur möglich, wenn man mittel- und langfristig weiter über den gemeinsamen Schulkampus nachdenke. Für die Zukunft wolle man sich Schulen ansehen, die diese Zusammenführung bereits erfolgreich vorgenommen haben. Die Gemeindevertretung habe nach wie vor die Möglichkeit, wenn sich ihre Meinung ändere, die Zusammenführung nicht durchzuführen. Heute gehe es erstmal nur darum einen ersten Schritt zu gehen und den Prozess anzustoßen.

Herr Mehlhorn bedankt sich beim Bürgermeister für die Einladung in die bereits stattgefundenen Gesprächsrunden und äußert seinen Wunsch dies weiterhin so zu handzuhaben.

Herr Maske fasst zusammen, dass es sich nicht um eine tatsächliche Schließung der Grundschule handle, sondern lediglich um einen Verwaltungsakt, der nach deutschem Recht so betitelt sei. Des Weiteren handle es sich aktuell nur um den Beginn eines offenen Prozesses und nicht um eine finale Entscheidung.

Herr Kurowski erklärt, dass die BfB-Fraktion die Thematik ebenfalls kontrovers diskutiert habe. Aus seiner Sicht versuche man (übertrieben gesagt) ein kaputtes System mit einem gesunden zu retten. Es sei blamabel für den Ort, dass man in fünf Jahren diesbezüglich nichts erreicht habe und es nach wie vor nicht schaffe auf den Punkt zu kommen. Die zahlreichen Abgänge, aus der Regionalen Schule hin zu umliegenden Schulen, seien dabei besonders kritisch zu betrachten und zu hinterfragen. Darüber hinaus habe man das Gefühl, dass beide Schulen das Vorhaben derzeit nicht unterstützen.

Frau Küster erklärt, dass der Beschluss heute auf der Tagesordnung stehe, weil die Gemeindevertretung im letzten Jahr per Beschluss einen Arbeitsauftrag erteilt habe. In den darauf folgenden Gesprächen, mit dem Landkreis und dem Schulamt, sei der Verwaltung ans Herz gelegt worden, diesbezüglich einen Beschluss fassen zu lassen, damit man in die Schulentwicklungsplanung aufgenommen werden könne. Sollte die Gemeindevertretung ihre Meinung im Anschluss ändern, wäre das ebenso, denn die Gemeindevertretung habe nach wie vor das letzte Wort. Heute werde mit diesem Beschluss keine finale Entscheidung getroffen.

Herr Müller geht auf die Aussage von Herrn Kurowski ein, dass beide Schulen gegen das Vorhaben seien. Er könne die Ansicht nachvollziehen. Seiner Meinung nach habe man jedoch mit den geführten Gesprächen bewirkt, dass die Beteiligten sich mitgenommen bzw. gehört fühlen und bereitwilliger seien sich dem Vorhaben gegenüber nicht zu verschließen.

Beschluss-Nr. 923-45-2024
Die Gemeindevertretung stimmt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 der Absichtserklärung zum Schulverbund der Regionalen Schule Binz mit der Grundschule Binz zum 01.08.2026 zu.

Die Gemeindeverwaltung Ostseebad Binz wird mit den Vorbereitungen zur Schließung der Grundschule Binz und der Angliederung an die Regionale Schule Binz, sowie mit der Antragstellung für die Aufnahme in den Schulentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen beauftragt.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	14
	Nein/Stimmen:	3
	Enthaltungen:	keine

Herr Maske übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Tomschin.

TOP 9. Antrag des Gemeindevertreters René Maske (DIE LINKE) zur Aktivierung der Mitgliedschaft in der Organisation „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden)

Herr Maske erklärt, dass in der aktuellen politischen Situation Handlungen für den Frieden von sehr wichtiger Bedeutung seien. Man sei bereits Mitglied in dieser Organisation, doch wolle mit diesem Beschluss die Wahrnehmung dafür stärken. Die Einbeziehung von Bildungseinrichtungen, Einwohnerinnen und Einwohnern spiele dabei eine zentrale Rolle.

Herr Tomschin bekräftigt die vorgebrachten Argumente von Herrn Maske.

Herr Klein erklärt, dass seiner Meinung nach niemand Krieg haben wolle, doch die Altparteien dies durch ihr Tun systematisch schüren. Man solle sich auf die eigene Flagge konzentrieren, um dem schwindenden Nationalstolz entgegenzuwirken. Er werde heute dafür stimmen, sehe allerdings keinen Sinn in den geplanten Handlungen.

Herr Kurowski bittet darum die Sitzungsleitung neutral durchzuführen und die persönliche Meinung zurückzustellen. Seiner Meinung nach sei der Antrag Polemik und Beeinflussung zu Gunsten des Bürgermeisters. Das Anliegen selbst halte er allerdings für eine gute Sache.

Beschluss-Nr. 924-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Gemeindeverwaltung damit zu beauftragen, die Aktivitäten im Rahmen der Mitgliedschaft in der Organisation „Mayors of Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) in Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung zu intensivieren.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	12
	Nein/Stimmen:	2
	Enthaltungen:	3

Herr Tomschin übergibt die Sitzungsleitung zurück an Herrn Maske.

TOP 10. Antrag der CDU Fraktion auf Grundsatzbeschluss zum Erhalt der gegenwärtigen Kleingärten und Garagen auf öffentlichem Grund und Boden innerhalb der Gemeinde Binz

Herr Dohrmann erklärt, dass dieser Antrag auf Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner beruhe, die Angst haben, dass man ihnen ihre Kleingärten und/oder Garagen wegnehmen könnte. Der Beschluss ziele darauf ab Gerüchten und Unwahrheiten, die im Umlauf seien, entgegenzuwirken.

Herr Colmsee möchte wissen, wo die CDU Fraktion zu dieser Thematik angesprochen worden sei.

Herr Dohrmann erklärt, dass sich die Nachfragen und Anmerkungen in den Bereichen Klünderberg und Am Kleinbahnhof besonders gehäuft hätten.

Herr Colmsee gibt zu bedenken, dass ein solcher Beschluss Vorhaben der künftigen Gemeindevertretung behindern könnte. Prinzipiell unterstütze die BfB-Fraktion den Antrag aber.

Beschluss-Nr. 925-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 den Schutz und Erhalt der gegenwärtigen Kleingärten und Garagen auf öffentlichem Grund und Boden innerhalb der Gemeinde Binz.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	17 (einstimmig)

TOP 11. Antrag der CDU Fraktion auf einen Grundsatzbeschluss zur Eingehung von Gemeindepartnerschaften mit vergleichbaren Gemeinden

Herr Hennig erklärt, dass in der Vergangenheit Städtepartnerschaften eingeschlafen seien. Die gegenwärtige Entwicklung von Binz, auch im Hinblick auf Corona, zeige allerdings wie wichtig diese Art von Beziehungen sei. Einen Austausch von Arbeitskräften und Schüleraustausch strebe man dabei ebenfalls an.

Herr Kurowski erklärt, dass der Vorschlag, diese Partnerschaften aufzulösen bzw. einschlafen zu lassen, vom Bürgermeister gekommen sei. Er möchte wissen, wie es um die Städtepartnerschaft mit Griechenland bestellt sei. Davon ab unterstütze die BfB-Fraktion den vorliegenden Antrag.

Herr Tomschin gibt zu bedenken, dass es sich vom Sinn her um eine gute Sache handle, diese jedoch in der Vergangenheit krachend gescheitert sei. Der Grundgedanke des Antrages sei gut, doch man sollte versuchen die Fehler der Vergangenheit nicht erneut zu machen.

Herr Mehlhorn schließt sich den Aussagen von Herrn Kurowski und Herrn Tomschin an. Er selbst werde diesem Antrag zustimmen, doch eine angemessene Ausführung seitens aller Beteiligten sei für ein solches Vorhaben unabdingbar.

Herr Dohrmann erklärt, dass der Zugang an saisonalen Arbeitskräften und ein legitimer Austausch von Schülern von Vorteil für die Gemeinde wären. Das Scheitern der ehemaligen Partnerschaften erklärt er damit, dass diese Städte nicht für eine Partnerschaft geeignet gewesen seien.

Herr Müller merkt an, dass es mehrere Punkte gebe, die er nicht nachvollziehen könne. Es handle sich um einen Grundsatzbeschluss, ein Prüfantrag zur Ermittlung von passenden Gemeinde hätte er für besser befunden. Ihn selbst würde vorweg auch interessieren was mit den alten Partnerschaften geschehen sei, damit man ein erneutes Scheitern verhindern könne. Vom Grundgedanken her sei er für Städtepartnerschaften, doch die Reihenfolge halte er für ungeeignet.

Frau Küster erklärt, dass es eine sehr gute Partnerschaft mit einer Gemeinde in Polen gegeben habe. Dies sei eingeschlafen, da der neue Bürgermeister der Partnergemeinde das Anliegen so nicht weiter verfolgt habe. Bezüglich Griechenland erklärt sie, dass ein Schüleraustausch mit Griechenland stattgefunden habe. Auch diese Partnerschaft sei aufgrund von Neuwahlen in der Partnergemeinde eingeschlafen. Die Partnerschaft mit Cuxhaven sei direkt nach der Wende entstanden, um einen regen Austausch der verschiedenen Verwaltungen zu fördern. Doch auch diese Partnerschaft sei mit einem Führungswechsel eingeschlafen.

Herr Hennig erklärt, dass er diesbezüglich ein Gespräch mit Herrn Gardeja gehabt habe, der dem Vorhaben positiv gegenüber stehe und es künftig auch begleiten würde. Es handle sich jedoch lediglich um einen Grundsatzbeschluss. Erst mit konkreten Vorschlägen aus dem Tourismusausschuss würde man finale Entscheidungen treffen.

Herr Kurowski fasst zusammen, dass der Tourismusdirektor und der Tourismusausschuss diese Maßnahme betreuen würden. Weiter möchte er wissen, ob das bedeute, dass der Bürgermeister nicht involviert sein würde.

Herr Hennig erklärt, dass der Bürgermeister delegieren würde.

Beschluss-Nr. 926-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 einen Grundsatzbeschluss zur Eingehung von Gemeindepartnerschaften im europäischen Raum mit vergleichbaren Gemeinden.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	11
	Nein/Stimmen:	1
	Enthaltungen:	5

TOP 12. Antrag der CDU Fraktion und DIE LINKE zur Prüfung der Errichtung einer oder zwei kleinerer Park-Paletten auf dem Parkplatz des Bermuda Dreiecks, sowie eine Aufwertung der angrenzenden Grünflächen durch Pflanzungen und Ortsmöbel

Herr Dohrmann erklärt, dass der Antrag dazu diene den Anwohnerinnen und Anwohnern bessere und sicherere Parkmöglichkeiten zu bieten. Alternativ bestünde die Möglichkeit Plätze im neuen Parkhaus für Anwohnerinnen und Anwohner zu reservieren.

Herr Müller erklärt, dass man im Rahmen des Sozialausschusses immer wieder über Flächen für Jugendliche gesprochen habe. Dieses Gebiet sei unter anderem im Gespräch gewesen. Er selbst sei der Auffassung, dass man das Geld lieber nutzen sollte um die Grünflächen herzurichten und Platz für Jugendliche zu schaffen. Weiter gibt er zu bedenken, dass Parkdecks in dieser Gegend nicht genutzt werden würden und einen großen Eingriff in das dortige Wohnen bedeuten würden. Es handle sich zwar nur um einen Prüfauftrag, doch wenn man diesen erteile, sollte man auch gewillt sein den Folgeschritt, im Falle eines positiven Ergebnisses, umzusetzen. Er plädiert dafür den vorhandenen und kaum genutzten Parkplatz zu optimieren, statt neue Parkdecks zu schaffen.

Herr Tomschin ergänzt, dass es mehrere Ideen aber noch keine konkrete Entscheidung für die Fläche gegeben habe. Aus seiner Sicht gebe es eher Bedarf an Wohnen und Aufenthaltsflächen. Er unterstützt den Vorschlag von Herr Müller den bestehenden Parkplatz zu optimieren, statt einen neuen zu schaffen.

Frau Dr. Tomschin schließt sich der Meinung von Herrn Tomschin und Herrn Müller an. Sie gibt zu bedenken, dass die neue Gemeindevertretung ganz andere bzw. neue Entwicklungsideen für dieses Gebiet einbringen könnte.

Herr Dohrmann stellt klar, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handle. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass das Dreieck umrahmt von Straßen sei und somit keinen geeigneten Platz für Kinder oder Jugendliche biete.

Herr Mehlhorn erklärt, dass er grundsätzlich immer für Parkplätze sei. Weiter informiert er darüber, dass es in den vergangenen Jahren mehrere Ideenvorschläge für diese Fläche, aus dem Sozialausschuss heraus, gegeben habe. Er selbst sei ebenfalls dafür Flächen für Jugendliche und Begegnungen zu schaffen und das bereits baulich durchgeplante Jahr nicht mit noch mehr Projekten zu überladen.

Herr Klein erklärt, dass Jugendliche auch Lärm etc. mit sich bringen würden. Er sieht einen akuten Notstand in Bezug auf Wohnraum und schlägt vor eine Tiefgarage zu bauen und ein vernünftiges Wohnobjekt draufzusetzen.

Herr Kurowski ergänzt, dass es bereits einen Masterplan für das Gebiet gebe, der auch nochmal im Detail durchgesprochen werden sollte. Aus seiner Sicht handle es sich hierbei um einen ersten versteckten Schritt in Richtung der Idee das Neubaugebiet zurückzubauen. Hierbei gibt er zu bedenken, dass man die ansässigen Anwohnerinnen und Anwohner mit einbeziehen sollte. Er teile die Auffassung von Herr Mehlhorn, dass die Verwaltung aktuell bereits genug zu tun habe.

Herr Michalski stellt klar, dass es um Parkplätze für die Anwohnerinnen und Anwohner gehe. Er selbst befürworte den aktuellen Prüfauftrag. Weiter gibt er zu bedenken, dass eine Nutzung der Fläche für Begegnungen, statt der dringend benötigten Parkplätze, die ansässigen Anwohnerinnen und Anwohner verärgern könnte.

Herr Kurowski möchte wissen, wie der aktuelle Parkplatz genutzt werde bzw. ob er nicht schon geteilt werde. Er schlägt vor den Parkplatz rein für Anwohnerinnen und Anwohner zu reservieren.

Herr Hennig stellt einen Antrag auf die Geschäftsordnung die Diskussion zu beenden.

Herr Reinholz erklärt, dass der Parkplatz zurzeit für alle zur Verfügung stehe.

Herr Mehlhorn stellt klar, dass niemand über die Abschaffung der Parkplätze gesprochen habe, sondern eher über eine Ergänzung durch eine Tiefgarage und Parkplätze hinter den Garagen. Er stellt den Antrag den Parkplatz nur noch für Anwohnerinnen und Anwohner zu nutzen.

Herr Reinholz erklärt, dass es ein Wunsch der Anwohner gewesen sei den Parkplatz für alle offen zu halten, damit auch ihr Besuch dort parken könne.

Herr Mehlhorn zieht seinen Antrag zurück.

Beschluss-Nr. 927-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Prüfung der Errichtung einer oder zwei kleinerer Park-Paletten auf dem Parkplatz des Bermuda Dreiecks, sowie einer Aufwertung der angrenzenden Grünflächen durch Pflanzungen und Ortsmöbel.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	7
	Nein/Stimmen:	10
	Enthaltungen:	keine

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

TOP 13. Antrag der Fraktion aus der MITTE für die Sicherung der Parkplätze in der Ringstraße als Anwohnerparkplätze

Frau Drahota erklärt, dass auch an ihre Fraktion viele Wünsche nach Parkmöglichkeiten für Anwohnerinnen und Anwohner gerichtet worden seien.

Beschluss-Nr. 928-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, die schon vorhandenen Parkplätze in der Ringstraße als Anwohnerparkplätze zu sichern.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	17 (einstimmig)

Herr Dohrmann verlässt die Sitzung kurzzeitig.

TOP 14. Willenserklärung der Gemeinde Ostseebad Binz zum Kernprojekt „Granitz - Frei von forstwirtschaftlicher Nutzung“
hier: Antragstellung zur Umwandlung in ein Wildnisgebiet

Herr Maske erklärt, dass die Gemeinde Binz in diesem Verbund nur eine Stimme habe und stellt den Antrag der Biosphäre Rederecht einzuräumen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

Frau Münster erklärt den aktuellen Umfang der Granitz und das Bestreben diese frei von Forstwirtschaft zu halten. Die Flächen seien dem Landschaftspflegeverband im Rahmen eines Großprojektes übertragen worden und daher ohnehin schon dem Naturschutz gewidmet. Die bestehenden Wege werde man erhalten und es werde keine Änderung für die touristische Nutzung geben.

Herr Woidig erklärt, dass es ein bundesweites Naturschutzgroßprojekt gegeben habe, welches zum aktuellen Stand der Granitz geführt habe. Weiter informiert er darüber, dass die Buchenwälder in dieser Region die natürliche und stabilen Waldgesellschaft der heimischen Wälder seien. Im Anschluss zeigt er typische Bilder von der Granitz und erklärt, dass die Granitz und der Baumbestand sich selbstständig und natürlich erhalten und regulieren.

Frau Münster ergänzt, dass in den bestehenden Nadelwäldern in den kommenden Jahren noch ein Waldumbau stattfinden könnte.

Herr Kurowski merkt an, dass 2028 die Prädikatisierung auslaufen werde und möchte wissen, welche Beeinflussung das Vorhaben auf eine erneute Prädikatisierung haben könnte.

Herr Dohrmann nimmt wieder an der Sitzung teil.

Frau Münster erklärt, dass mit touristischen Veranstaltern Abkommen getroffen werden, die eine touristische Nutzung weiterhin möglich machen. Sie schließt aus, dass das Vorhaben einer Prädikatisierung im Wege stehen würde.

Herr Kurowski möchte wissen, worum es sich bei den angegebenen 8 Millionen Euro handle und ob dieses Geld nur in die Granitz, oder auch in andere Gebiete investiert werde.

Frau Münster erklärt, dass von der genannten Summe ca. 2 Millionen für den Landschaftspflegeverband abgezogen werden. Wie das restliche Geld verteilt werde, liege allerdings im Entscheidungsbereich der 36 beteiligten Gemeinden.

Herr Kurowski fragt, ob sichtbare Flächen weiterhin gepflegt werden und ob man dort weiterhin Pilze sammeln dürfe.

Frau Münster antwortet, dass die Wegesicherung, die Gefahrenabwehr und die Verkehrssicherung weiterhin wie gewohnt vorgenommen werden. Das Verlassen der

Wege sei grundsätzlich nicht gestattet, doch es werde geführte Pilzsammlungen, in Zusammenarbeit mit der Kurverwaltung, geben.

Herr Michalski befürwortet das Vorhaben, da man dadurch die Natur sehr stärken würde und ggf. Vorhaben wie dem LNG-Terminal entgegenwirken könne. Aus seiner Sicht eröffnet sich durch die Wildnis Bildung eine touristische Chance, welche in Deutschland schon an verschiedenen Stellen genutzt bzw. verfolgt werde.

Frau Dr. Tomschin möchte sie wissen, in wie weit die Inhalte des „Letter of intent“ berücksichtigt werden würden.

Frau Münster erklärt, dass man sich nicht querstellen werde, doch genau bestimmen müsse wo und was umgesetzt werden kann bzw. soll.

Frau Dr. Tomschin merkt an, dass die Bilder der abgeholzten Bäume sie erschüttert hätten. Weiter gibt sie zu bedenken, dass die Biosphäre keine Maßnahmen ergreifen sollte, die strikt gegen die Einstellung der Gemeindevertretung gehen würden.

Herr Müller merkt an, dass er dies für ein gutes Projekt halte. Baumfällungen seien im Ort nach wie vor heiß diskutiert und daher zeige die aktuelle Situation, dass man sich mit der Thematik befasse.

Frau Guruz erklärt, dass der „Letter of intent“ alle Punkte beinhalte, die in den vorherigen Gesprächen aufgekommen seien. Man tausche sich aktuell mit der Biosphäre aus und werde dafür Sorge tragen, dass es zu jedem aufgeführten Punkt eine Ausführung geben werde. Wenn die Liste abgeschlossen sei, werde man sie nochmal in die Ausschüsse geben.

Herr Klein bittet darum, dass die Biosphäre die heute getroffenen Aussagen nochmals schriftlich festhalten und übermitteln werde. Darüber hinaus befürworte er das Vorhaben.

Herr Dohrmann bittet darum, dass über beide Punkte, bezüglich der Granitz, im Block abgestimmt werde.

Beschluss-Nr. 929-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 – vorbehaltlich der Zustimmung der Verbandsversammlung des Landschaftspflegeverbandes e.V. – zum Kernprojekt „Granitz – Frei von forstwirtschaftlicher Nutzung“ die Antragstellung zur Umwandlung in ein Wildnisgebiet.

Der Abschluss eines „Letter of Intent“ mit allen Anforderungen der Gemeinde Ostseebad Binz, basierend auf dem derzeitigen Bestand des Wegenetzes, ist Bedingung für die Umsetzung bei Förderzusage. Sowohl das Projekt, als auch der LOI sind separat und zu gegebener Zeit zu beschließen.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	16
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	1

Frau Münster bedankt sich für das Bekenntnis der Binzer Gemeindevertretung zum Naturschutz.

TOP 15. Informationsvorlage zum Kernprojekt „Granitz - Frei von forstwirtschaftlicher Nutzung“
hier: Vorbereitung eines „Letter of Intent“ zur Sicherung der gemeindlichen Bedarfe

Herr Maske erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits im vorherigen mit behandelt worden sei.

Frau Guruz ergänzt, dass es erstmal nur um die Antragstellung gegangen sei und dass der zuvor gefasst Beschluss den LOI (im Falle des Zustandekommens) bereits beinhaltet habe.

TOP 16. Beschlussvorlage zur Aufhebung des Beschlusses-Nr. 733-34-2022 aus der Sitzung der Gemeindevertretung vom 08.12.2022
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 18B „Jugendherberge Block V“ der Gemeinde Ostseebad Binz

Beschluss-Nr. 930-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 08.12.2022 mit der Beschluss-Nr. 733-34-2022 mit folgendem Wortlaut:

„1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 08.12.2022 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 18B „Jugendherberge Block V“ der Gemeinde Ostseebad Binz als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB.
2. Das Planverfahren ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.
3. Für den nicht kommunalen Änderungsumfang ist eine Kostenübernahmeerklärung mit den Investoren zu schließen.“

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 17. Beschlussvorlage zur 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Herr Kurowski fragt, wie teuer das neue Vorhaben sei.

Frau Guruz erklärt, dass die Problematik darin bestanden habe, dass der B-Plan älter als 10 Jahre sei, somit müssten alle Träger das Gebiet neu bewerten. Alternativ habe man das Gebiet in viele kleine „Briefmarken“ aufgeteilt und dadurch nur noch einen Bruchteil der Kosten.

Beschluss-Nr. 931-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Aufstellung der 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ mit Umweltbericht/Umweltprüfung der Gemeinde Ostseebad Binz nach § 2 Abs. 1 BauGB, sowie die Einleitung der 8. Flächennutzungsplanänderung im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB.

2. Das Planverfahren ist nach §§ 3 Abs. 1 und 2, sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 18. Beschlussvorlage zur 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Beschluss-Nr. 932-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Aufstellung der 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ der Gemeinde Ostseebad nach § 2 Abs. 1 BauGB.

2. Das Planverfahren ist im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht durchzuführen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 19. Beschlussvorlage zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz für den Bereich der 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 8 Abs. 3 BauGB

Beschluss-Nr. 933-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Aufstellung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz im Parallelverfahren zur Aufstellung der 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Jugendherberge und Jugendzeltplatz Prora“ nach § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 8 Abs. 3 BauGB.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 20. Beschlussvorlage zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Wohnen am Sportplatz“ der Gemeinde Ostseebad Binz nach § 13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Beschluss-Nr. 934-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Wohnen am Sportplatz“ der Gemeinde Ostseebad Binz im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht.

2. Das Planverfahren ist gemäß § 13 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 21. Beschlussvorlage zur Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Wohnen am Sportplatz“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Satzungsbeschluss

Herr Hennig möchte wissen, ob die sich dort befindenden Ferienwohnungen dann nicht mehr zulässig wären.

Frau Guruz erklärt, dass diese Sperre nur für neue Anträge und in den Zeitraum fallende Widersprüche bezüglich Ferienwohnungen gelten werde.

Beschluss-Nr. 935-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 gemäß §§ 14, 16 und 17 Baugesetzbuch (BauGB), die Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Wohnen am Sportplatz“ der Gemeinde Ostseebad Binz.

2. Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 22. Beschlussvorlage zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 „Wohnen am Eichenweg“ der Gemeinde Ostseebad Binz nach §13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Beschluss-Nr. 936-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Aufstellung der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 „Wohnen am Eichenweg“ der Gemeinde Ostseebad Binz im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht.

2. Das Planverfahren ist gemäß § 13 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 23. Beschlussvorlage zur Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 „Wohnen am Eichenweg“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Satzungsbeschluss

Beschluss-Nr. 937-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 gemäß §§ 14, 16 und 17 Baugesetzbuch (BauGB), die Satzung über eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34 „Wohnen am Eichenweg“ der Gemeinde Ostseebad Binz.

2. Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 24. Beschlussvorlage zur 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9a „Fischräuchereimuseum/Museumsdorf“
hier: Berichtigungsbeschluss nach § 13a Abs. 2 BauGB ohne Umweltbericht

Beschluss-Nr. 938-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 über die 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9a „Fischräuchereimuseum/Museumsdorf“.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 8. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostseebad Binz ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo die Planzeichnung mit Planzeichenerklärung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	16
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	1

TOP 25. Beschlussvorlage zur Offenlage in Ergänzung zu § 172 Abs. 2 BauGB
hier: Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet des Binzer Ortskerns

Herr Kurowski bittet für alle Anwesenden um eine Erklärung seitens der Verwaltung.

Frau Guruz erklärt, dass die Neusatzung der Gemeinde einen Wohngebietserhalt ermögliche. Dies betreffe alle B-Pläne in diesem Bereich, da für diese keine genaue Art der baulichen Nutzung festgesetzt sei. Auf diese Art fordere man einen zusätzlichen Antrag ein, um der Ausbreitung von Ferienwohnungen entgegenwirken zu können.

Beschluss-Nr. 939-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 über die öffentliche Auslegung der Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung für das Gebiet des erweiterten Binzer Ortskerns einschließlich Behördenbeteiligung und öffentlichem Erörterungstermin.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 26. Beschlussvorschlag über das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag: „Anbringung von Werbeanlagen Parkhaus Ostseebad Binz – Dollahner Straße 100“ *hier: Antrag auf isolierte Abweichung nach § 67 Abs. 2 LBauO M-V von den Festsetzungen der Werbeanlagensatzung der Gemeinde Ostseebad Binz (Überschreitung der Werbeanlagengröße)*

Frau Dr. Tomschin möchte wissen, ob auch die Möglichkeit bestehe Bilder von der Insel, oder der Natur am Parkhaus anzubringen.

Frau Guruz antwortet, dass es sich in diesem Fall um Fassadengestaltung handeln würde und man diese rein konstruktiv jeder Zeit vornehmen könne. Dabei kämen sowohl Bilder, als auch Beschriftungen in Frage. Der aktuelle Antrag ziele nur auf den Namen und das Binzer Wappen ab, welche eine gewisse Größe bräuchten, da auch das Parkhaus selbst eine gewisse Größe habe.

Beschluss-Nr. 940-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 im Rahmen des Bauantrages: „Anbringung von Werbeanlagen Parkhaus Ostseebad Binz – Dollahner Straße 100“ über das gemeindliche Einvernehmen zu einer isolierten Abweichung nach § 67 Abs. 2 LBauO M-V von den Festsetzungen der Werbeanlagensatzung der Gemeinde Ostseebad Binz (Überschreitung der Werbeanlagengröße).

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	16
	Nein/Stimmen:	1
	Enthaltungen:	keine

TOP 27. Beschlussvorlage zur Satzung für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Ostseebad Binz inkl. Ortsteil Prora (Aufbruchsatzung)

Beschluss-Nr. 941-45-2024
1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Satzung für das Aufgraben öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Ostseebad Binz inkl. Ortsteil Prora (Aufbruchsatzung).

2. Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

TOP 28. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Proraer Allee

Beschluss-Nr. 942-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die Bepflanzung der Proraer Allee entlang des Radweges mit den beauflagten 276 Ersatzpflanzungen im Zuge der Waldumwandlung zum Bau des Parkplatzes Klünderberg. Die künftig genschützte Mischbaumreihe wird folgende heimische Arten, empfunden nach den Waldflächen in Prora, beinhalten: Sandbirke (Betula pendula), Rotbuche (Fagus sylvatica), Stieleiche (Quercus robur) und Kiefer (Pinus sylvestris).

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	16
	Nein/Stimmen:	1
	Enthaltungen:	keine

TOP 29. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Margaretenstraße

Frau Dr. Tomschin erklärt, dass sie sich gewünscht habe, dass man die Bäume des Bahnhofsvorplatzes verwenden könnte. Sie stellt in Frage, ob Magnolien für dieses Klima und in dieser viel befahrenen Straße geeignet seien. Sie schlägt vor die Zierkirsche ebenfalls für diese Straße zu verwenden.

Frau Guruz erklärt, dass die Wahl nicht nur aus optischen Gründen auf die Magnolien gefallen sei. Man habe Kontakt zu mehreren Baumschulen und Baumgutachtern gehabt, die diese Entscheidung ebenfalls befürwortet hätten. Die Baumschule, von der man die Bäume beziehen würde, züchtet speziell Kobus-Magnolien für den Norden, welche an den Boden, den Wind und die Salzgehalte gewöhnt seien. Im Anschluss gibt sie nochmal einen kurzen Überblick über das geplante Pflanzenkonzept für den Ort.

Frau Dr. Tomschin gibt zu bedenken, dass laut des ZWAR das Rohrsystem unter der Straße defekt sei und ob es nicht klüger wäre erst diesen Umstand zu beheben und erst im Anschluss Bepflanzungen vorzunehmen.

Frau Guruz antwortet, dass es sich um geschützte Alleen handle und der Landkreis nicht zustimmen würde, wenn man die Allee einige Jahre unbepflanzt ließe, um Reparaturen vorzunehmen.

Herr Deutschmann gibt zu bedenken, dass 8-12 Meter hohe Bäume erschlagend wirken könnten und die sich ausbreitenden Wurzeln weitere Schäden verursachen könnten.

Frau Guruz erklärt, dass man der Ausbreitung der Wurzeln mit Bohrungen entgegenwirken werde und die Höhen der Bäume individuell errechnet worden seien.

Herr Müller möchte bezüglich des Pflanzkonzepts wissen, ob die Anwohnerinnen und Anwohner beteiligt worden seien.

Frau Guruz verneint dies.

Herr Tomschin verlässt den Sitzungsraum kurzzeitig.

Beschluss-Nr. 943-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 alle abgängigen Alleenbäume in der Margaretenstraße künftig mit Kobus-Magnolien (Magnolia kobus) zu ersetzen.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	12
	Nein/Stimmen:	1
	Enthaltungen:	3

Herr Kurowski bittet um eine Bestätigung, dass in der Proraer Allee keine Leitungen liegen, die von den Bäumen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Auf Antrag des Abgeordneten Herrn Kurowski wird der folgende Teil wörtlich festgehalten:

Frau Guruz: Ich bestätige nicht, dass keine Leitungen dort liegen, sondern ich bestätige, dass die Leitungen, die zum Teil den Bereich tangieren, nicht beschädigt werden. Es gibt ein Schreiben, was uns der ZWAR extra nochmal ausgestellt hat. Im Übrigen hat sich jemand von Ihrer Fraktion als Gemeindevertreter dort ausgegeben und das wurde auch protokolliert, um Leitungsabfragen zu machen. Das aber nur nebenbei. Wir haben uns das nochmal schriftlich vom ZWAR geben lassen, weil es da so verschiedene Gerüchte gab, dass dort angeblich gar nicht gebaut werden kann.

Herr Kurowski: Von unserer Fraktion. Dann sagen Sie doch mal wer das war, wenn sie das schon so in den Raum werfen.

Frau Guruz: Ich nenne hier keinen Namen.

Herr Kurowski: Sie können doch nicht Halbwahrheiten sagen.

Frau Guruz: Ich sage auch keine Halbwahrheit.

Herr Kurowski: Dann lügen Sie gerade, wenn Sie nicht sagen wer es gewesen sein soll.

Frau Guruz: Ich werde hier keine Person ansprechen. Ich werde nur sagen, dass ein Herr aus Ihrer Fraktion sich als Gemeindevertreter ausgegeben hat, um Abfragen zu tätigen.

Herr Kurowski: Ich lass hier keine Unwahrheiten oder Sonstiges zu.

Herr Maske: Herr Kurowski, vielleicht können wir den Namen der Person intern klären.

Herr Kurowski: Na das ist ja die Krönung hier. Ein Gemeindevertreter hat das Recht sich zu informieren und wenn sich jemand ausgegeben hat als Gemeindevertreter, dann möchten wir als Fraktion das natürlich wissen. Und dann sollten Sie nicht so eine Polemik hier reinballern, sondern das einfach mal kommunizieren. Also das ist ja die Krönung.

Herr Tomschin nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 30. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Zeppelinstraße, Mukraner Straße, Goethestraße und Sonnenstraße

Herr Mehlhorn verlässt die Sitzung kurzzeitig.

Beschluss-Nr. 944-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die abgängigen Alleenbäume in der Zeppelinstraße, Mukraner Straße, Goethestraße und Sonnenstraße künftig mit der Quercus rubra (Amerikanische Rot-Eiche) zu ersetzen.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	14
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	2

TOP 31. Beschlussvorlage zur Bepflanzung einer innerörtlichen Allee
hier: Elisenstraße, Paulstraße, Wandastraße und Waldstraße

Herr Mehlhorn nimmt wieder an der Sitzung teil.

Beschluss-Nr. 945-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 die abgängigen Alleenbäume in der Elisenstraße, Paulstraße, Wandastraße und Waldstraße künftig mit der Japanischen Zierkirsche (Prunus serrulata) zu ersetzen.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	12
	Nein/Stimmen:	keine
	Enthaltungen:	5

TOP 32. Beschlussvorlage zur Gestaltungsempfehlung für die Strandversorgung ab 2024

Beschluss-Nr. 946-45-2024
Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 das Gestaltungshandbuch für gewerbliche Strandkioske in der Gemeinde Ostseebad Binz. Das Gestaltungshandbuch gilt rückwirkend ab dem 01.01.2024 für unbestimmte Zeit.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	17 (einstimmig)

TOP 33. Beschlussvorlage zur Einvernehmenserklärung zur Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung zwischen dem Internationalen Bund e.V. und dem Landkreis Vorpommern-Rügen über den Betrieb der Kindertageseinrichtung „Lütt Matten“

Beschluss-Nr. 947-45-2024
Die Gemeindevertretung erteilt in ihrer Sitzung am 21.03.2024 ihr Einvernehmen zur Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung (LEQ-V) zwischen dem Internationaler Bund e.V. und dem Landkreis Vorpommern-Rügen über den Betrieb der Kindertageseinrichtung „Lütt Matten“, Dollahner Straße 77a, in 18609 Ostseebad Binz, mit der Gültigkeit ab 01.01.2024 gemäß § 24 Abs. 1 Kindertagesförderungsgesetz M-V (KifögG M-V).

Abstimmung: Ja/Stimmen: 17 (einstimmig)

Herr Maske beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:10 Uhr.

gez. René Maske
Vorsitzender der Gemeindevertretung

gez. Tamara Pampuch
Protokollantin